

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 7. MÄRZ

## Nein zu mehr Sonntagsverkäufen

Am 7. März 2021 entscheiden wir über eine Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG). Zur Wahl stehen zwei Varianten: die Hauptvorlage und der Eventualantrag. Während die vom Grossen Rat bevorzugte Hauptvorlage die Sonntagsverkäufe von zwei auf vier Sonntage jährlich ausdehnen will, verbleibt der Eventualantrag bei zwei Sonntagen.

Die EVP-Fraktion stimmte im Grossen Rat einstimmig gegen die Hauptvorlage. Dies nicht nur, um das Verkaufspersonal vor zusätzlichen Sonntagsverkäufen im Advent zu bewahren, sondern weil wir den Sonntag als zeitliche «Erholungs- und Ruhezone» für die ganze Bevölkerung schützen möchten. «In der Raumplanung ist es normal, dass man nebst Gewerbe-, Industrie- und Wohnzonen auch Grünräume einplant», argumentierte ich als EVP-Sprecherin im Grossen Rat. Damit die Menschen gesund bleiben, brauche es auch regelmässige «zeitliche Grünräume» wie den freien Sonntag. In der Folge unterstützten die EVP und die Jungpartei \*jevvp das Referendum gegen die Ausweitung der Sonntagsverkäufe aktiv. Innerhalb von drei Monaten sammelten wir zusammen mit anderen Parteien und Organisationen dafür fast doppelt so viele



Die EVP sammelte Unterschriften für den Eventualantrag ohne mehr Sonntagsverkäufe.

Unterschriften, wie nötig gewesen wären, und reichten diese im Oktober 2020 ein (Foto).

### Regelung zu E-Zigaretten

Dank diesem Sammelerfolg können wir nun nicht nur über die Hauptvorlage, sondern auch über den Eventualantrag abstimmen, den der Grosse Rat für den Fall eines Referendums

vorbereitet hatte. Dieses Vorgehen sorgt dafür, dass der zweite Teil der Gesetzesrevision, der in den Augen der EVP-Fraktion ebenso wichtig ist, durch eine Referendumsabstimmung nicht bachab geschickt werden kann: Beide Varianten – die Hauptvorlage und der Eventualantrag – sehen vor, dass für elektronische Zigaretten künftig die gleichen

Präventionsvorgaben gelten wie für Zigaretten und herkömmliche Raucherwaren. Diese Gesetzesänderungen zur Tabakprävention gehen auf einen Vorstoss von alt EVP-Grossrat Ruedi Löffel zurück und wurden vom Grossen Rat grossmehrheitlich unterstützt.

Barbara Streit-Stettler  
Grossrätin, Bern

AZB 3001 Bern  
DIE POST

## Die EVP braucht Ihre Unterstützung

Am 27. März 2022 werden der Grosse Rat und der Regierungsrat neu gewählt. Ziel der EVP ist es, mindestens die zehn bisherigen Grossratsmandate zu verteidigen. Die Wahlvorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Zur Finanzierung der kantonalen Wahlen und der Partearbeit (Infrastruktur, Löhne, Zeitung usw.) benötigen wir im Jahr 2021 total

170 000 Franken an Spenden. Ihre Unterstützung hilft mit, dass die EVP die zentralen politischen Weichenstellungen auch in Zukunft mitprägen kann.

EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1

Kennen Sie bekannte Leute, die wir für eine Kandidatur anfragen können? Danke für Ihre Hinweise ans Sekretariat, info@evp-be.ch.



### Beilage Referendumsbogen

Bisher ist die Fortpflanzungsmedizin bei Unfruchtbarkeit und Gefahr von übertragbaren Krankheiten zugelassen. Neu soll mit der «Ehe für alle» die Samenspende für lesbische Paare erlaubt sein. Die EVP unterstützt das Referendum dagegen und legt dieser Zeitung einen Referendumsbogen bei. Weitere Bögen finden Sie unter: [www.nein-zur-samenspende-für-gleichgeschlechtliche-paare.ch](http://www.nein-zur-samenspende-für-gleichgeschlechtliche-paare.ch)

### Parolen zum 7. März 2021

- |  |                                         |               |                |
|--|-----------------------------------------|---------------|----------------|
|  | Verhüllungsverbot                       | Stimmfreigabe |                |
|  | E-ID-Gesetz                             |               | JA             |
|  | Wirtschaftspartnerschaft mit Indonesien |               | NEIN           |
|  | Gesetz über Handel und Gewerbe          |               | NEIN           |
|  | • Hauptvorlage                          |               | JA             |
|  | • Eventualantrag                        |               | Eventualantrag |
|  | • Stichfrage                            |               |                |

Infos: [www.evp-be.ch](http://www.evp-be.ch) und [www.evppev.ch/abstimmungen](http://www.evppev.ch/abstimmungen)

Ein 2021 voller Hoffnung

Liebe EVP-Freunde  
Nun ist es da, das Jahr 2021.  
Das Jahr der Hoffnung.



Das Jahr, in welchem alles besser werden soll. Wird es das? Als Pflegefachfrau der Onkologie ist Hoffnung ein

gebräuchliches Wort. Hoffnung trägt uns durch schwierige Zeiten und lässt das Licht am Ende des Tunnels weiter scheinen. Auf was hoffen wir denn in dieser doch aussergewöhnlichen Zeit? Ist es die Hoffnung, dass alles besser wird? Die Hoffnung, dass die Fallzahlen endlich sinken? Die Hoffnung, dass endlich Normalität einkehrt?

Und was gibt uns Hoffnung? Ist es das Bundesamt für Gesundheit mit seinen Empfehlungen? Unser Bundesrat? Ist es die nun endlich eingetroffene Impfung?

Sich darüber Gedanken zu machen, erachte ich als wichtig und notwendig. Wir alle sollten uns das überlegen. Für mich ist klar, dass ich Hoffnung durch meinen Glauben erfahre. Gott ist meine Quelle, er schenkt mir Geborgenheit, Gelassenheit und inneren Frieden. Das gibt mir die Hoffnung auch gerade im Umgang mit dieser Pandemie. So hoffe ich, dass wir alle den Mut und die Zuversicht nicht verlieren. Dass wir gemeinsam zueinander Sorge tragen und uns der Glaube und die daraus resultierende Hoffnung durch diese Zeit trägt.

In diesem Sinne zitiere ich gerne aus Römer 15,13: «Der Gott der Hoffnung aber erfülle euch mit aller Freude und Frieden im Glauben, dass ihr immer reicher werdet an Hoffnung durch die Kraft des Heiligen Geistes.» Ich wünsche Euch ein 2021 voller Hoffnung.

Herzlichst  
Katja Niederhauser-Streiff,  
Präsidentin GGR Köniz

38 Exekutiv- und Parlamentsmandate

Schweizweit betrachtet war das Jahr 2020 ein sehr erfreuliches für die Evangelische Volkspartei. Nach dem Wahlerfolg bei den nationalen Wahlen 2019 konnte sich die EVP bei insgesamt acht kantonalen Wahlgängen nebst den derzeit überfliegenden Grünen und Grünliberalen als einzige Partei steigern und in den Kantonen Basel-Stadt (3/+2), Schaffhausen (2/+1), St. Gallen (2/+2) und Thurgau (6/+1) insgesamt 6 Parlamentssitze zulegen. Demgegenüber hatten SP, BDP, CVP, FDP und SVP allesamt Mandatsverluste zu verzeichnen.

Die nationale EVP-Welle vererbte leider bei den Gemeindevahlen im Kanton Bern ein wenig. Der kommunale Wahlherbst 2020 war geprägt von vielen zahlenmässig zwar erfreulichen, sich mandatsmässig mit total 38 Exekutiv- und Parlamentsmandaten jedoch nicht auszählenden Resultaten. Ein exemplarisches Beispiel



GR-Mitglieder von links oben: Beatrice Kuster, Burgdorf; Lilian Plüss, Hasle (neu); Raymond Weber, Hasle; Herbert Geiser, Heimberg; Pascal Lerch, Münchenbuchsee; Daniel Rebetez, Schwarzenburg; Roland Baumann, Seftigen (neu); Anna Fink, Spiez; Niklaus Gfeller, Worb; Naémi Wyss, Wynigen (neu).

hierfür stellt die EVP Ittigen dar: Stimmzahl von 1026 auf 1481 – um satte 44,3% – gesteigert, den erhofften Einzug in den Gemeinderat jedoch um winzige zweieinhalb Wählende verpasst. Nicht minder knapp gingen die Wahlen in Kirchberg und Langenthal zu Ungunsten der EVP aus, wo ebenso Sitze wegen weniger als drei fehlenden Wahlzetteln verpasst wurden.

Erfreuliche Erfolge zu feiern gab es bei Sitzgewinnen in den Exekutiven von Wynigen und Hasle b. Burgdorf, im Burgdorfer Stadtrat sowie bei den Gemeindepräsidiumswahlen in Hasle bei Burgdorf (neu) und Worb (bisher). Zudem trat die EVP mit der Kandidatur von Eva Bolli auf der Liste einer anderen Mitte-Partei erstmals in Aarberg in Erscheinung.

Lukas Zimmermann-Oswald

Resultate der Gemeindevahlen

- Aarberg:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste
- Bern:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste  
SR: 2 (+/-0) / 2,4% (-0,3%)
- Biel:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste  
SR: 2 (+/-0) / 3,2% (-0,3%)
- Belp:**  
GR: \* / überparteiliche Liste
- Bolligen:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste
- Brügg:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste
- Burgdorf:**  
GR: 1 (+/-0) / überparteiliche Liste  
SR: 3 (+1) / 7,6% (+0,8%)
- Hasle bei Burgdorf:**  
GR: 2\*\* (+1) / 21,7% (+8,3%)
- Heimberg:**  
GR: 1 (+/-0) / überparteiliche Liste
- Interlaken:**  
GGR: 2 (-1) / 7,6% (-1,9%)
- Ittigen:**  
GR: 0 (+/-0) / 10,5% (+1,8%)
- Kirchberg:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste

- Langenthal:**  
GR: 0 (+/-0) / 5,5% (-6,2%)  
SR: 2 (-2) / 6,3% (-2,8%)
- Meikirch:**  
GR: 0 (-1) / 10,5% (-2,6%)
- Muri-Gümligen:**  
GR: 0 (+/-0) / 3,8% (-0,2%)  
GGR: 1 (+/-0) / 4,1% (+0,3%)
- Münchenbuchsee:**  
GR: 1 (+/-0) / 10,5% (-0,6%)  
GGR: 3 (-1) / 8,1% (-3,3%)
- Ostermundigen:**  
GR: 0 (+/-0) / 8,2  
(2016 überparteiliche Liste)  
GGR: 3 (+/-0) / 7,0  
(2016 überparteiliche Liste)
- Schwarzenburg:**  
GR: 1 (+/-0) / überparteiliche Liste
- Seftigen:**  
GR: 1 (+/-0) / stille Wahlen
- Spiez:**  
GR: 1 (+/-0) / 14,0% (+1,0%)  
GGR: 4 (+/-0) 10,8% (-0,1%)
- Sumiswald:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste
- Unterseen:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste

- Urtenen-Schönbühl:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste
  - Vechigen:**  
GR: 0 (+/-0) / 10,7% (+0,0%)
  - Wattenwil:**  
GR: 0 (-1) / 10% (-6%)
  - Worb:**  
GR: 1\*\* (+/-0) / 12,5% (-3,2%)  
GGR: 4 (-1) / 11,1% (-1,3%)
  - Wynigen:**  
GR: 1 (+1) / überparteiliche Liste
  - Zollikofen:**  
GR: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste  
GGR: 2 (+/-0) / 4,7% (-0,2%)
- Legende:**  
GR = Gemeinderat  
GGR = Grosser Gemeinderat  
SR = Stadtrat  
\* GR-Sitz erfolgreich verteidigt; infolge Losziehung wegen Verwandtenuausschluss kann EVP-Gemeinderätin Susanne Grimm ihre Arbeit im Gemeinderat leider nicht weiterführen  
\*\* inkl. Gemeindepräsidium

## Pro und kontra Burkaverbot

**Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» (Burkaverbot) fordert ein Verbot der Gesichtsverhüllung im öffentlichen Raum und an Orten, die öffentlich zugänglich sind.**

Ausnahmen sollen aus Gründen der Gesundheit, der Sicherheit, der klimatischen Bedingungen und des einheimischen Brauchtums möglich sein. Die Initiative enthält überdies das Verbot, eine Person aufgrund ihres Geschlechts zu zwingen, ihr Gesicht zu verhüllen.

Gegen die Initiative spricht, dass die Gesichtsverhüllung

kein grösseres Problem und Sicherheitsrisiko darstellt. Meist sind es Touristinnen aus dem arabischen Raum, die in der Schweiz Gesichtsschleier wie Burka oder Nikab tragen. Eine offene Gesellschaft muss mit vielfältigen Lebens- und Glaubensformen umgehen können, solange diese niemandem Schaden zufügen

oder die Freiheit anderer nicht einschränken.

Für ein Burkaverbot spricht, dass die Verhüllung ein Instrument männlicher Unterdrückung darstellen kann, vor dem es muslimische Frauen zu schützen gilt. Menschen aus anderen Religionen und Kulturen sollen sich unseren Sitten und Gebräuchen anpassen, wenn sie hier leben wollen oder auf Besuch sind.

Es gibt Argumente für und gegen ein Burkaverbot. Die EVP

Schweiz und EVP Kanton Bern haben Stimmfreigabe beschlossen.

Persönlich neige ich eher zu einem Nein. Ich befürworte aber den Gegenvorschlag des Bundesrates, der verlangt, dass Personen den Behörden ihr Gesicht zeigen müssen, wenn es zur Identifizierung nötig ist.



Hanspeter Steiner

Hanspeter Steiner  
Grossrat, Vechnigen

## E-ID-Gesetz – ein guter Kompromiss

**Am 7. März 2021 stimmt die Schweiz über das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) ab. Es ermöglicht eine staatlich anerkannte elektronisch Identität, die beispielsweise für digitale Behördengänge oder Online-Einkäufe genutzt werden kann.**

Dass es eine digitale Identität braucht, stellt kaum jemand in Frage. Umstritten ist jedoch, welche Rolle der Staat und welche die Privaten einnehmen sollen – ein klassischer Streitpunkt in vielen Themen der heutigen Digitalpolitik.

Weil das E-ID-Gesetz vorsieht, dass nach einer staatlichen Verifikation die wiederkehrende Authentifizierung durch anerkannte Firmen gewährleistet wird, wurde das Referendum gegen das Gesetz ergriffen. Das Referendumskomitee verlangt,

dass der Bund künftig auch den fortlaufenden Betrieb der E-ID technisch umsetzen soll.

Dies wäre ideal, ist aber wenig realistisch: Die elektronische Identifizierung ist eine anspruchsvolle High-Tech-Aufgabe, die mit dem raschen technologischen Wandel Schritt halten und eng mit der Wirtschaft verknüpft



Matthias Stürmer

sein muss, um Erfolg zu haben. Es gelten strenge Datenschutzauflagen. Persönliche Daten dürfen nur mit dem Einverständnis der betroffenen Person weitergegeben werden.

Das vorliegende Gesetz ist ein sinnvoller Kompromiss. Es wird auch von der Mehrheit der EVP-Delegierten zur Annahme empfohlen.

Matthias Stürmer, alt Stadtrat, Bern  
Leiter Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit der Uni Bern

## Freihandelsabkommen mit Indonesien

**Der Konsum von Palmöl führt immer wieder zur Abholzung von Regenwäldern und zur Errichtung von Monokulturen. Eine Förderung des Handels mit diesem Produkt macht deshalb keinen Sinn.**

Das umfassende Freihandelsabkommen (CEPA) zwischen den EFTA-Staaten (inkl. Schweiz) und Indonesien versucht diesem Umstand Rechnung zu tragen. So wird die Reduktion der Einfuhrzölle mit dem Abkommen erstmals an ökologische Bedingungen geknüpft, um so

sicherzustellen, dass nur nachhaltig produziertes Palmöl von der Vergünstigung profitieren kann. Die Verknüpfung von Konzessionen unter einem Freihandelsabkommen mit Nachhaltigkeitskriterien ist nicht nur eine Premiere für die Schweiz, sondern sie ist auch internatio-

nal ein Signal für die Bemühungen um eine nachhaltigere Palmölproduktion.

Der Konsum von Palmöl wird sich durch das Abkommen wohl nicht wesentlich verändern. Es kann jedoch eine Chance sein, die nachhaltige Produktion zu fördern. Was das Qualitätslabel wirklich wert ist, wird allerdings erst die Erfahrung mit dem Vertrag zeigen. Meiner Meinung nach ist es einen Versuch wert. Die Mehrheit der EVP-Delegier-

ten lehnt das Abkommen jedoch ab. Die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstössen gegen Menschenrechte und Umweltschutz werden als ungenügend beurteilt.



Markus Wenger

Markus Wenger, Grossrat, Spiez

## Gemeinderätin Jasmine Hari, Oberdiessbach

**Jasmine Hari ist seit Anfang Jahr neu im Gemeinderat von Oberdiessbach. Als Nachfolgerin von Hanspeter Schmutz übernahm sie das Ressort Soziales. Die gelernte Köchin und Diätköchin lebt seit drei Jahren in ihrem Geschäft «Härzstück» alte Möbel neu. Zusammen mit ihrem Ehemann und den beiden kleinen Töchtern wohnt Jasmine Hari in Aeschlen bei Oberdiessbach.**

### **Was hast du dir für die ersten Monate als neue Gemeinderätin vorgenommen?**

Mein Anliegen ist es, mich schnell ins Tagesgeschäft einzuarbeiten. Es warten bereits einige Projekte im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auf mich, die ich gerne bald anpacken will. Um Rückhalt und Unterstützung in der ersten Zeit zu bekommen, habe ich mir eine Mentorin mit Exekutiverfahrung genommen.

### **Das Ressort Soziales passt zu dir, da dir das Wohl deiner Mitmenschen und eine «gemeinschaftliche und friedfertige Atmosphäre» besondere Anliegen sind. Wie versuchst du dies in der Politik zu erreichen?**

Es sind dieselben Punkte wie im menschlichen Zusammenleben oder in einer gelingenden Wirtschaft. Eine Grundlage für gutes Zusammenarbeiten, das Erreichen von Zielen und das

Verstehen von Menschen sind Achtsamkeit, Geduld und Liebe. Für mich persönlich bedeutet das, dass ich mich offen den Menschen widme, zwei Seiten anhöre und persönliche Gespräche führe, wo keine Mails oder Briefe angebracht sind.

### **Wie denkst du über das grosse Politthema Klimawandel?**

Der Klimawandel geht sicher nicht spurlos an mir vorbei. Aktuell sehe ich meine Aufgabe vor allem darin, umweltbewusst zu leben und die Kinder im Alltag entsprechend anzuleiten. Wenn die Kinder umweltbewusstes Denken und Handeln verinnerlichen, ist der Grundstein für die spätere Generation



schon gelegt. Zudem werde ich mich als Gemeinderätin stark für Projekte wie zum Beispiel den geplanten Nachhaltigkeitstag im Jahr 2021 in Oberdiessbach einsetzen.

Interview:  
Susanne Gutbrod

## ZU BESUCH BEIM GGR-PRÄSIDENTEN

### Jürgen Gerber, Lyss

**Jürgen Gerber engagiert sich seit 2012 für die EVP im Grossen Gemeinderat (GGR) von Lyss, den er 2021 präsidiert. Er arbeitet bei der christlichen Unternehmensberatung «vitaperspektiv» als Trainer, Berater und Coach.**

Aufgewachsen ist Jürgen Gerber in Mont-Tramelan in einer Täuferfamilie auf einem Bauernhof. Heute wohnt er mit seiner Frau Barbara in Lyss. Das Ehepaar hat drei erwachsene Kinder und einen Enkel. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Lehrer war Jürgen Gerber mit seiner Familie während über 20 Jahren in verschiedenen Funktionen bei Jugend mit einer Mission (JMEM) aktiv.



### **Wie sieht dein Berufsalltag als Berater und Coach aus?**

Die Berater-Rolle erlaubt mir, viele Menschen in entscheidenden Phasen ihres Lebens zu begleiten. Dazu gehören Nachfolgeregelungen, in denen Fragen der Berufung und der Beziehungen zentral sind. Menschen, die in ihrem Leben an Weggabelungen stehen, darf ich in Berufungscoachings begleiten. Zur Befähigung von Führungspersonen trage ich

durch Führungsschulungen oder -coachings bei. Führungsteams begleite ich in der strategischen Planung, im Qualitätsmanagement oder in der Organisationsentwicklung.

### **Was sind die grössten Herausforderungen für KMUs?**

Viele KMU-Leitende sind einsam in ihrer Rolle und suchen ein Gegenüber, mit dem sie ihre

Fragen und Sorgen besprechen können. Die grössten und kräfteaufwendigsten Herausforderungen sind fast immer personelle Fragen, Beziehungen und Konflikte. Hier bin ich oft gefordert als Unterstützer in Rollenklärungen oder als Mediator. Freund zu sein für meine Kunden ist mein Berufungsverständnis.

### **Wie hat dich deine Zeit bei JMEM geprägt?**

Diese Tätigkeit hat mich in über 50 Länder auf allen Kontinenten geführt, und ich durfte so den grossen Reichtum der verschiedenen Kulturen, Völker, Nationen und Individuen kennen- und lieben lernen. Auf unseren Einsätzen haben wir sehr viel Not gesehen, auf die wir als Gesellschaft bisher keine Antworten gefunden haben. Darin haben wir unsere Beschränktheit erkannt und die Notwendigkeit, Demut und Nächstenliebe zu üben. Mein Fazit aus dieser Zeit: Jeder Mensch sehnt sich nach Beziehung, nach Freundschaft und nach einer sinnvollen Aufgabe, die er gemeinsam mit andern angehen kann. Jeder hat einen einzigartigen Beitrag einzubringen.

Interview: Philippe Messerli

## AGENDA

### **Volksabstimmung**

7. März 2021

### **Frühlingssession Grosser Rat**

8.–25. März 2021

### **Ordentliche DV EVP Schweiz**

20. März 2021

### **Ordentliche DV EVP Kanton Bern**

21. April 2021, 10.00 Uhr

### **KMU-Forum EVP Schweiz**

7. Mai 2021

### **Frauentagung EVP Schweiz**

5. Juni 2021

### **Sommersession Grosser Rat**

7.–17. Juni 2021

## IMPRESSUM

### **Geschäftsstelle:**

EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern  
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

### **Redaktionsadresse:**

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern  
Tel. 031 991 78 91, bev@evp-be.ch

### **Inserate:**

Jordi AG, Belp, Urs Scharnowski  
Tel. 031 818 01 46

urs.scharnowski@jordibelp.ch.

Mediendaten:

www.evp-be.ch > Parteizeitung

**Adressänderungen:** Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via [www.evpbev.ch/kontakt/adressaenderung](http://www.evpbev.ch/kontakt/adressaenderung)

### **Jahresabonnement:**

Mitglieder: Fr. 5.-; Freunde / Gönner: Fr. 3.-  
Postkonto 30-20312-1 (EVP)

### **Druckerei:** W. Gassmann AG, Biel

### **Versandarbeiten / Beilagen:**

Atelier Passage, Müllerstrasse 3,  
2562 Port, [www.atelierpassage.ch](http://www.atelierpassage.ch),  
info@atelierpassage.ch  
Tel. 032 331 66 55

# Finanzen, Klima und Menschenwürde

Die Wintersession 2020 fand wie die beiden Sessions davor mit der geforderten Distanz in der Bernexpo statt. Die EVP-Fraktion (Foto) brachte sich zu Themen wie Budget 2021, Steuerpolitik, Klimaschutz, Schutz und Würde des Menschen und vielem mehr fundiert in die Debatte ein.



Die EVP-Fraktion an der Session in einer Bernexpo-Ausstellungshalle. Vorne in der Mitte: Christine Schnegg.

Fraktionspräsidentin **Christine Schnegg** dankte anlässlich der «Corona-Aussprache» dem Gesamtratsrat und attestierte dessen Handeln als Herkulesaufgabe. Der Regierungsrat habe umsichtig und nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt.

**Barbara Streit-Stettler** tat ihr Unverständnis kund, dass in dieser finanziell schwierigen Zeit mit einem prognostizierten Budgetdefizit von rund 550 Mio. Franken die Steuern gesenkt werden sollen. Die Mehrheit des Grossen Rates entschied sich jedoch dafür. Auch der Antrag von **Hans Kipfer**, die Steuern für natürliche Personen nicht pauschal über die Steueranlage, sondern später bedürfnisorientiert

über das Steuergesetz zu senken, fand kein Gehör.

**Tabea Bossard-Jenni** votierte für die Verankerung des Klimaschutzartikels in der Kantonsverfassung: «Für die EVP ist der Schutz der Schöpfung sehr zentral.» **Hanspeter Steiner** monierte zum gleichen Thema: «Wir laufen Gefahr, die Ziele für Klimaneutralität 2050 zu verfehlen, indem wir durch Gerichtsentscheide Verzögerungen provozieren und so nicht vorwärtskommen.»

**Tom Gerber** setzte sich in Sachen «Umweltskandal Blausee/Lötschberg» gegen die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) ein. Zur Klärung genüge die bestehende Geschäftsprü-

funktionskommission. Der Grosse Rat stimmte dem zu.

**Markus Wenger** freute sich, dass das administrative Verfahren für Baubewilligungen dank der digitalen Einreichung von Baugesuchen (E-Bau) einfacher wird. Damit wurde eine Motion des damaligen EVP-Grossrats Daniel Steiner-Brütsch von 2014 umgesetzt.

**Melanie Beutler-Hohenberger** betonte die Wichtigkeit der Aufnahme der «Vertraulichen Geburt» ins Spitalversorgungsgesetz. Diese

Möglichkeit schaffe Würde und Sicherheit für Mutter und Kind in schwierigen Lebenssituationen.

**Margret von Bergen** setzte sich für eine starke spitalexterne Pflege ein.

**Christine Grogg-Meyer** zeigte sich zufrieden, dass die Sonderschulung neu unter dem Dach der Bildungsdirektion steht und Kinder mit Beeinträchtigung nicht mehr «ausgeschult» werden sollen.

*Margret von Bergen  
Grossrätin, Uetendorf*

## WERBUNG

**TB** TRANSPARENT  
BROKER  
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern  
**Sind Sie fair versichert?**  
www.TransparentBroker.ch

**Ruedi Josturan:**  
**«Lepra ist heilbar.  
Helfen Sie jetzt!»**  
lepramission.ch

**Spycher-Handwerk AG**  
Huttwil  
**www.kamele.ch**

## EVP KANTON BERN

# Rücktritt von Grossrätin Christine Schnegg

**Nach 15 Jahren Engagement ist die Lysser EVP-Grossrätin Christine Schnegg per Ende 2020 aus dem Kantonsparlament zurückgetreten. Mit ihr verliert die EVP-Fraktion im Grossen Rat eine aussergewöhnliche Persönlichkeit und Integrationsfigur. Ihr Nachfolger ist der 51-jährige Nidauer Gemeinderat Philippe Messerli, Co-Geschäftsführer der EVP Kanton Bern.**

Christine Schnegg hat seit Mai 2012 die EVP-Grossratsfraktion geleitet und präsidiert zudem seit 2013 als erste Frau die EVP Kanton Bern. Beide Ämter hat sie stets mit viel Herzblut und Umsicht ausgeübt. Zu den Steckenpferden von Christine Schnegg gehört die Gesundheits- und Sozialpolitik. Als Grossrätin hat sie die Familienpolitik im Kanton Bern massgebend mitgeprägt. So geht zum Beispiel das kantonale Familienkonzept auf ihren Vor-

stoss zurück. Christine Schnegg präsidiert ebenfalls die Mütter- und Väterberatung im Kanton Bern. Während neun Jahren ist sie zudem in der Justizkommission und im Ausschuss, der die Wahlen an die Gerichte vorbereitet, aktiv gewesen. Die überzeugte Familienfrau hat zugunsten ihrer Kinder und ehrenamtlichen Tätigkeiten jahrelang bewusst auf eine berufliche Karriere verzichtet. Nun will sie nach mehrjährigem Engagement auf Parlamentebene eine



neue berufliche Herausforderung annehmen. Das Amt als Präsidentin der EVP Kanton Bern wird sie weiterhin ausüben.

*Philippe Messerli*

## Abgesagt

Vieles wurde in den letzten Monaten abgesagt. Einigen Anlässen trauern wir nicht nach. Ehrlich gesagt ist es doch gemütlich, am Samstagmorgen im Homedress und mit Kaffee an der virtuellen EVP-DV teilzunehmen. Doch durch abgesagte Treffen in Vereinen, an Stammtischen, in Gottesdiensten und im privaten Rahmen leidet das soziale Leben und der Radius wird

eingeschränkt. Menschen fühlen sich einsam, leiden unter der Distanz und fallen durch die sozialen Maschen. Corona zwingt uns zum Rückzug und birgt das Potenzial, dass wir passiv werden. Doch unsere Berufung als Christen, unseren Nächsten mit Liebe zu begegnen, ist keinesfalls abgesagt. Seit 2000 Jahren finden Christen in



Barbara Stotzer-Wyss

den herausforderndsten Situationen Wege, die gute Nachricht von Frieden und Gerechtigkeit zu verbreiten. Lasst uns also unserer Aufgabe, «Licht und Salz zu sein», nicht absagen – gerade in dieser Zeit. Mit der Zusage aus Psalm 143,8 werden wir Wege und Möglichkeiten entdecken: «Lass mich schon früh am Morgen erfahren, dass du es gut mit mir meinst, denn ich vertraue dir. Zeige mir, wohin ich gehen soll, denn nach dir sehne ich mich.»

Barbara Stotzer-Wyss  
Gemeinderätin, Büren a. d. Aare

## WINTERSESSION DES NATIONALRATS

### Einige Sessionssplitter

**19 Vorlagen haben National- und Ständerat in dieser Session bei der Schlussabstimmung unter Dach und Fach gebracht. Darunter auch «Ehe für alle». Gegen diese Vorlage haben wir von der EVP ein Parlamentarier-Referendumskomitee ins Leben gerufen, da vor allem die Ausweitung der Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare vielen zu weit geht.\***

Auch das aktualisierte Covid-19-Gesetz konnte verabschiedet werden. Damit stehen Unternehmen in Härtefällen neu insgesamt 2,5 Milliarden Franken zur Verfügung. Zudem wurden die Hürden für den Bezug der Gelder gesenkt. Ein wichtiges Geschäft der Wintersession war das Budget

2021. Dieses wird in Anbetracht der ausserordentlichen Gesamtsituation wohl mit einem Defizit von 6 Milliarden Franken abschliessen. Ein besonderes Highlight für mich und die EVP war die Annahme meiner Motion «Ressourcen für einen effektiven Kampf gegen den Menschenhandel». 52 Mitunter-

zeichnende aus allen Fraktionen unterstützten mich bei der Forderung an den Bundesrat, den Kantonen umgehend mehr Mittel für die effektive Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung zur Verfügung zu stellen. Das Thema gehört seit Jahren zu einem der politischen Schwerpunkte der EVP Schweiz.



Marianne Streiff-Feller

Marianne Streiff-Feller  
Nationalrätin

\* Dieser Zeitung liegt ein Referendumsbogen bei.

## FRAUENNETZWERK EVP BE

### Workshop der EVP-Frauen

Anlässlich der Vernehmlassung zum Behindertenleistungsgesetz (BLG) lud das EVP-Frauen Netzwerk des Kanton Bern im Herbst 2020 zu einem Workshop ein. Zu Gast war Käthi Rubin, Geschäftsführerin des Vereins Insieme Kanton Bern, der sich für Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung und deren Angehörigen engagiert. Die Referentin führte professionell in die Thematik von Subjekt- und Objektfinanzierung ein und zeigte anhand verschiedener Modelle die Chancen von selbstbestimmtem Wohnen. Aber auch mögliche Schwierigkeiten wurden beleuchtet – etwa das Finden von genügend flexiblen Assistentinnen und Assistenten, die einerseits die Anforderungen des Kantons erfüllen und andererseits bereit sind, zu den von den Behinderten individuell gewünschten Zeitfenstern und einem Minimallohn zu arbeiten. Allen wurde schnell klar, dass trotz des umfangreichen Gesetzesentwurfs noch viele Unklarheiten und Ungereimtheiten bestehen, die es zu lösen gilt. Es war einmal mehr ein informativer und lehrreicher Anlass des Frauennetzwerks der EVP Kanton Bern.

Susanne Gutbrod

HINE ADON  
HOTEL  
APARTHOTEL  
HINEADON.COM

baumann  
elektro  
jung, dynamisch und motiviert  
www.baumannelektro.ch  
3110 Münsingen | 031 721 62 27

SPITALSCHIFFE  
FÜR DIE ÄRMSTEN  
Sie können helfen!  
www.mercyships.ch

RE/MAX  
Immobilienmakler  
Nathanael Regez  
Tel. 079 215 57 27  
n.regez@remax.ch  
Kostenlose Schätzung

FERIE & SEMINARE  
www.cvjm-zentrum.ch



PROSPERITA  
Die christlich-ethische  
Pensionskasse  
www.prosperita.ch

EVP PEV  
Evangelische Volkspartei - Parti Evangelique  
Gesucht ab September/Oktober 2021 bis März 2022  
**PRAKTIKANTIN ODER PRAKTIKANT**  
(PENSUM 50 BIS 100 %)

**Aufgaben:**  
Assistenz Geschäftsführung EVP BE bei den Vorbereitungen der kantonalen Wahlen 2022.  
Betreuung von Kandidierenden und Unterstützung der Ortsparteien, administrative Arbeiten, Korrespondenz, Telefondienst, Betreuung Website und digitale Medien, Wahlwerbematerial koordinieren, bereitstellen und ausliefern

**Bist du interessiert?**  
Dann schicke deine Bewerbung an:  
EVP Kanton Bern, Postfach 2319,  
Nägeligasse 9, 3001 Bern  
oder [info@evp-be.ch](mailto:info@evp-be.ch)  
Mehr Infos auf: [www.evp-be.ch](http://www.evp-be.ch)

**Für Rückfragen und weitere Infos:**  
Philippe Messerli,  
Co-Geschäftsführer EVP BE  
Tel. 031 352 60 61 oder  
[philippe.messerli@evp-be.ch](mailto:philippe.messerli@evp-be.ch)

	Interdiction de se dissimuler le visage	Liberté de vote
	Loi sur l'e-ID	OUI
	Partenariat économique avec l'Indonésie	NON
	Loi sur le commerce et l'industrie	NON
	• Projet principal	OUI
	• Projet alternatif	OUI
	• Question subsidiaire	Projet alternatif

VOTATION CANTONALE DU 7 MARS

## Projet alternatif contre plus de travail le dimanche

Le 7 mars 2021, nous prendrons une décision au sujet d'un changement dans la loi sur le commerce et l'industrie (LCI). Nous avons le choix entre deux variantes: le projet principal et le projet alternatif. Alors que le projet favorisé par le Grand Conseil aimerait augmenter le nombre de dimanches de vente dominicale de deux à quatre par année, le projet alternatif aimerait rester à deux dimanches.

La fraction du PEV a voté unanimement contre le projet principal. Ceci non seulement pour protéger le personnel de vente contre des jours supplémentaires de vente dominicale, mais aussi parce que nous aimerions protéger le dimanche pour qu'il reste comme une « zone de repos et de silence » pour toute la population. En tant que porte-parole du PEV et membre du Grand Conseil, j'ai argumenté ainsi: « Dans le cadre de l'aménagement du territoire, il est normal de planifier des zones vertes entre les zones industrielles et les zones d'habitation ». Si nous voulons que les gens restent en

bonne santé, il est aussi nécessaire d'avoir des « temps de zones vertes » comme le dimanche en tant que jour de repos. En conséquence, le PEV et le Jeune Parti Evangélique \*jpev, ont soutenu activement le référendum contre l'augmentation du nombre de jours de vente dominicale. En l'espace de trois mois, nous avons rassemblé avec l'aide d'autres partis et d'organisations presque le double du nombre de signatures nécessaires.

### Réguler les cigarettes électroniques

Grâce à ce succès dans la récolte



Le PEV a soutenu la récolte de signatures pour le projet alternatif.

de signatures, nous pouvons maintenant non seulement voter au sujet du projet principal, mais aussi au sujet du projet alternatif que le Grand Conseil a préparé en cas de référendum. Cette procédure veille à ce que la deuxième partie de la révision de la loi – qui pour la fraction du PEV est tout autant importante – ne puisse pas être balayée par une votation référendaire. En effet, les deux variantes, le projet principal et le projet alternatif, prévoient

les mêmes directives de prévention pour les cigarettes électroniques que pour les cigarettes classiques et les autres articles pour fumeurs. Cette modification de la loi sur la prévention du tabagisme remonte à une offensive parlementaire de l'ancien député PEV Ruedi Löffel et a été soutenu par une large majorité du Grand Conseil.

Barbara Streit-Stettler  
députée, Berne

PEV DU CANTON DE BERNE

## Démission de la députée Christine Schnegg

Après 15 ans d'engagement, la députée PEV au Grand Conseil Christine Schnegg de Lyss se retire du Parlement cantonal. Avec son départ, le groupe du PEV perd, au sein du Grand Conseil, une personnalité extraordinaire et une figure d'intégration. Son successeur est Philippe Messerli, Conseiller municipal de Nidau et Co-Secrétaire général du PEV du canton de Berne.

À partir de mai 2012, Christine Schnegg a présidé le groupe PEV au sein du Grand Conseil et depuis 2013, le PEV du canton de Berne. Ses chevaux de bataille

sont la politique de la santé et la politique sociale. Au cours de son mandat au sein du Grand Conseil, elle a joué un rôle clé dans l'élaboration de la politique



familiale dans le Canton de Berne. Pendant 9 ans, elle a aussi été active en tant que membre de la commission de la justice. Cette mère de famille convaincue a renoncé pendant longtemps à une carrière professionnelle au profit de ses enfants et d'activités bénévoles. Après plusieurs années d'engagement parlementaire, elle souhaite relever un nouveau défi professionnel. Cependant, elle continuera à exercer la fonction de présidente du PEV du canton de Berne.

Philippe Messerli

## Finances, climat et dignité humaine

La session d'hiver 2020 s'est déroulée dans les locaux de Bernexpo, afin de pouvoir respecter les distanciations sociales. Dans les débats, le groupe parlementaire PEV s'est impliqué avec des arguments solides dans des questions comme le budget 2021, la politique fiscale, la protection du climat, la protection de la dignité humaine et dans bien d'autres sujets.



La groupe du PEV lors de la session qui s'est tenue dans la salle d'exposition Bernexpo.

La présidente de la fraction **Christine Schnegg** a profité de l'occasion pour remercier l'ensemble du Conseil d'Etat et a déclaré que son action était comparable aux travaux d'Hercules. Selon elle, le Conseil d'Etat a agi prudemment, de bonne foi et au plus près de sa conscience.

**Barbara Streit-Stettler** a manifesté son incompréhension au sujet de la baisse des impôts, alors que nous vivons des temps financièrement difficiles où un déficit de 550 millions est prévu. Cependant, la majorité du Grand Conseil a approuvé cette décision. Même la proposition

de **Hans Kipfer** n'a pas été entendue. Son idée était de baisser les impôts des personnes physiques, non de manière forfaitaire selon le coefficient d'imposition, mais plus tard selon les besoins.

**Tabea Bossard-Jenni** a voté en faveur d'un article qui inscrit la protection du climat dans la constitution: «Pour le PEV, la protection de la création est essentielle.» **Hanspeter Steiner** a émis des critiques sur ce sujet dans le même sens: «Si nous causons, par des décisions de Tribunal, des retards qui ont pour conséquence de nous empêcher d'avancer, nous serons en danger de manquer les buts de 2050 pour la neutralité climatique.»

**Tom Gerber** s'est engagé contre la mise en place d'une commission d'enquête parlementaire au sujet du «scandale écologique du Blausee/Lötschberg». La commission de gestion est suffisante pour

éclaircir cette affaire. Le Conseil d'Etat a approuvé ce point de vue. **Markus Wenger** a exprimé sa satisfaction car grâce à la présentation digitale des demandes de permis de construire, la procédure administrative concernant ces derniers est simplifiée. Ainsi, la motion de Daniel Steiner-Brütsch, membre du Grand Conseil en 2014, a été mise en œuvre.

**Melanie Beutler-Hohenberger** a mis l'accent sur l'importance de «la naissance confidentielle» dans la loi sur les soins hospitaliers. Cette possibilité engendre de la dignité et de la sécurité pour la mère et l'enfant dans des situations de vie difficiles. **Margret von Bergen** s'est engagée pour de bons soins ambulatoires.

**Christine Grogg-Meyer** s'est montrée satisfaite de la mise au point par la Direction de l'instruction publique d'un système scolaire spécial pour que les enfants souffrant de handicaps ne soient plus exclus de l'école.

*Margret von Bergen  
députée, Uetendorf*

### VOTATION FÉDÉRALE DU 7 MARS

## Le pour et le contre de l'interdiction de la burqa

L'initiative populaire «Oui à l'interdiction de se dissimuler le visage» (Interdiction de la burqa) demande une interdiction du visage voilé dans les espaces et les lieux publics, accessibles au public.

Pour des raisons de santé, de sécurité, de conditions climatiques et de coutumes indigènes, des exceptions doivent être possibles. L'initiative contient en outre l'interdiction qu'une personne soit obligée de voiler son visage en raison de son sexe.

Un argument contre cette initia-

tive est que le visage voilé ne représente ni de graves problèmes ni de risques pour la sécurité. La plupart des femmes qui portent un voile sur le visage, comme la burqa ou le niqab, sont des touristes venant du monde arabe. Une société ouverte doit pouvoir composer avec divers modes de

vie et de croyance tant que ces derniers ne causent de préjudices à personne ou ne limitent pas la liberté d'autres gens.

Un autre argument pour l'interdiction de la burqa est que le port du voile peut représenter un instrument d'oppression masculine, contre lequel il faut protéger les femmes musulmanes. Si des gens d'autres religions et cultures veulent vivre ici ou sont simplement là pour visiter, ils doivent

s'adapter à nos us et coutumes. Il existe des arguments pour et contre l'interdiction de la burqa. Le PEV Suisse a décidé de laisser la liberté de vote. Personnellement, je penche pour un non. Mais je suis favorable au contre-projet du Conseil fédéral qui demande que les personnes doivent montrer leur visage lorsqu'il est nécessaire de les identifier.

*Hanspeter Steiner  
député, Vechigen*

### VOTATIONS FÉDÉRALES DU 7 MARS

## E-ID et huile de palme

Le 7 mars, la peuple suisse ne votera pas seulement sur la burqa, mais aussi sur une loi et un accord économique.

### Loi sur l'identification électronique

Le PEV Suisse dit oui à la nouvelle loi sur l'identification électronique. L'E-ID est essentiellement un identifiant reconnu par l'Etat qui permet l'identification unique d'une personne sur

l'internet. Cela permet d'effectuer facilement et en toute sécurité des transactions sur l'internet, comme faire des achats, utiliser des services bancaires ou traiter avec les autorités par voie numérique.

### Accord économique avec l'Indonésie

Le PEV Suisse dit non à l'accord de libre-échange global avec l'Indonésie. Dans cet accord, les concessions tarifaires pour l'huile de palme jouent un rôle important. Un article régleme la production d'huile de palme socialement et écologiquement durable. Cependant, des doutes considérables existent quant au label RSPO, qui doit servir de base aux importations en Suisse. *PEV CH*

### Questionnaire référendaire

Jusqu'à présent, la médecine reproductive était autorisée dans les cas de stérilité et de risque de maladies transmissibles. Le don de sperme doit désormais être autorisé pour les couples de lesbiennes. Le PEV soutient le référendum contre cette proposition et joint donc une feuille de référendum à ce journal. Vous trouverez d'autres feuilles de récolte de signatures sous: [www.non-au-don-de-sperme-pour-les-couples-de-meme-sexe.ch](http://www.non-au-don-de-sperme-pour-les-couples-de-meme-sexe.ch)